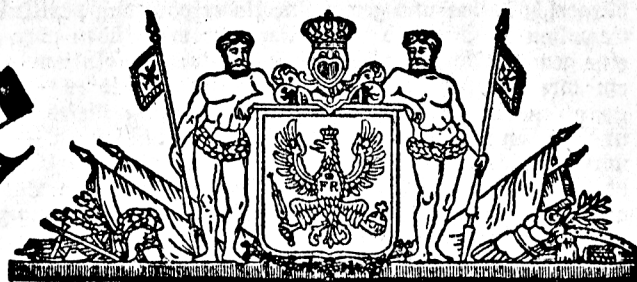


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Wossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Allgemeine Verlosungsliste, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66²/₈ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein, Chefredakteur Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ansn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Tele. gramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Für die Einheit des Reiches.

Simons zweite Rede in Karlsruhe.

Karlsruhe, 16. Februar. (W. L. B.)

Heute vormittag erschien der Reichsminister des Aeußeren, Dr. Simons, vor einer zahlreichen Versammlung geladener Gäste im Kleinen Festsaal. Es waren erschienen die Minister, die Landtagsabgeordneten, Vertreter staatlicher und städtischer Behörden, Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe aus Karlsruhe und anderen badischen Orten, Vertreter der Beamtenchaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Staatspräsident Frunk eröffnete die Versammlung, dankte dem Minister für sein Erscheinen und sprach sodann in längeren Ausführungen über die ungeheuren Lasten, die uns durch die Pariser Konferenz auferlegt worden seien und die unsere physische und wirtschaftliche Existenz untergraben würden. Wenn wir überblickten, was uns jetzt genommen werden solle, dann dürften wir nicht wanken in unserer Ueberzeugung, daß in der Tat die wirtschaftliche Unterbindung, die wirtschaftliche Zerstückelung, die Ausschaltung der deutschen Konkurrenz und der deutschen Arbeitsmöglichkeit das wirkliche letzte Ziel der Entente während des Krieges gewesen und auch nach dem Kriege sei. Dieser Abzicht müßten wir unsere Ueberzeugung gegenüberstellen, und diese Ueberzeugung werde nicht durch ein Diktat beseitigt. Im Umfang der deutschen Leistungsfähigkeit, immer in den Grenzen des Möglichen, hofften wir dem gerecht zu werden, was nach dem Friedensvertrag für uns zu tun sei. Wir wollen jedoch nur dem Möglichen zustimmen und niemals etwas unterschreiben, was offensichtlich unmöglich ist zu erfüllen. Das deutsche Volk hält seine Verträge. Es wird aus moralischen Gründen das nicht unterschreiben, was für Deutschland in Gegenwart und Zukunft unmöglich ist. Ein Volk von sechzig Millionen muß zuerst leben können. Es handelt sich um das Leben unserer Kinder. Das schwerste Jahr wird das Jahr 1921 sein, an dessen Beginn wir stehen, und von den Aufgaben und Arbeiten dieses schweren Jahres ist wohl der Arbeiten aller schwerste der Gang der deutschen Reichsregierung nach London.

Wir, das deutsche Volk, besonders das badische Volk, wollen in Frieden arbeiten mit allen anderen Völkern zusammen, die friedlich mit uns zu leben willens sind. In diesem Sinne wollen wir dem Reichsminister auch heute erklären:

Herr Minister! Wenn Sie nach London gehen, gehen Sie mit der Ueberzeugung eines gewissenhaften Volkes, das die Schwere seiner Pflichten kennt, das willens ist, alles zu tun, die junge Republik zu schützen, und gehen Sie mit dem Vertrauen nach London, daß das deutsche Volk geschlossen und entschlossen hinter Ihnen steht, ein einzig Volk und ein Wille! — Was wir heute dem Minister des Aeußeren sagen, das müssen wir halten. Wir müssen in dieser Stimmung bleiben. Wir müssen ihm die Treue halten.

Der Reichsminister des Aeußeren

von langanhaltendem Beifall begrüßt, dankte für die freundschaftliche Bewillkommung. Er dankte dem Staatspräsidenten für die Worte der Ermunterung und des Vertrauens, die er gesprochen habe. Auch er vertraue dem Volke. Es sei eine andere Zeit geworden. Wer jetzt für das deutsche Volk Außenpolitik mache, der könne es nicht mehr tun, als ein auf seine Regierung gestellter Beamter, der müsse sich getragen fühlen von dem Willen des Volkes. Und um sich von diesem Gefühl, von diesem Willen überzeugen zu können, stehe er heute hier. Und wenn er hierher komme und frage: Wie denken Sie darüber? dann wisse er, daß er zu Männern komme, die erfüllt sind von den heißen Sorgen, die man hier an den Außenposten des Reiches mehr als anderswo gegenüber den Pariser Beschlüssen empfindet. In keinem Teil des Reiches würden die Folgen stärker als hier empfunden, die eintreten würden, wenn wir den Pariser Forderungen nicht nachkommen. Die sogenannten Sanktionen, die Befehzung deutschen Gebietes, würden für Süddeutschland und insbesondere für Baden von größter, schwerwiegender Bedeutung sein. Wichtig sei es ihm, zu erfahren, ob die Politik, die er im Reich vertreten, im badischen Volk Anklang finde.

Das deutsche Volk wisse, daß es seinen Krieg als Verteidigungskrieg geführt habe. Es zeige sich jetzt, daß ohne Mitarbeit des deutschen Volkes die Regelung der ungeheuren Probleme, die der Friedensvertrag mit sich bringe, nicht möglich sei. Wir wären auf gutem Weg, wenn wir den Brüsseler Weg weiter gegangen wären. Man habe diesen Weg verlassen und habe den Weg des Diktates vorgeschlagen; was sei denn die Pariser Konferenz anderes? Die Entente greife weit über das hinaus, was wir zu leisten vermöchten. Es sei unsere Aufgabe, den Franzosen nachzuweisen, daß es ihnen auf dem von ihnen betretenen Weg nicht gelingen werde, ihre schwierige Lage zu erleichtern.

Wir müssen versuchen, die schwebenden Fragen zu lösen und mit Vorschlägen an die Londoner Konferenz heranzugehen, die innerlich durchdacht und praktisch durchführbar sind. Der Minister sieht der Londoner Konferenz mit wenig Optimismus entgegen. Wenn wir jetzt nach London mit Gegenvorschlägen gehen, so wird die öffentliche Meinung in England in gleicher Weise revoltieren, wie die deutsche öffentliche Meinung gegen die Pariser Beschlüsse revoltiert hat. Darüber müssen wir uns klar sein. Es ist möglich, es ist sogar wahrscheinlich, daß die Londoner Konferenz in ihren ersten Versuchen kein Ergebnis der Verständigung haben wird. Es wird außerordentlich schwer sein, sich in London über die neuen Methoden zu einigen.

Eine peinliche Wunde des Friedensvertrages ist, daß man dem deutschen Volke nicht gesagt hat, was man eigentlich von ihm verlangt, und wenn man uns jetzt Vorwürfe macht, daß wir nicht selbst Vorschläge gemacht haben, so müssen wir erwidern, daß die Unsicherheit bei uns zu groß gewesen ist, um Vorschläge machen zu können: Wenn wir jetzt Vorschläge machen, so könnten wir sie nur aus unserer Unsicherheit heraus machen. Die Gegner rechnen damit, daß wir in wenigen Jahren wieder zu großer Blüte gelangen. Um diese Summen zahlen zu können, müßten wir aber zu einer wirtschaftlichen Blüte gelangen, die unsere wirtschaftliche Blüte von 1913 und 1914 bei weitem übersteigert. Und dennoch sollen wir uns zu solchen Leistungen verpflichten. Das wäre eine katastrophale Politik. Damit das deutsche Volk mit Hoffnung auf Erfolg sich aus dieser elenden Lage herausarbeiten kann, gebrauchen wir Ruhe und Verständnis unserer Lage. Dieser Weg biete wenigstens Aussicht auf Heilung.

Dann müßten wir festhalten an dem Wenigen, was wir aus dem Zusammenbruch gerettet haben. Zu dem Wenigen gehöre die Unversehrtheit des Reichsgedankens. Er wisse, es gebe kein Land im Deutschen Reich, wo dieser Reichsgedanke lebendiger sei als in Baden. Der Minister hob sodann die Unversehrtheit der Reichsverfassung hervor und meinte: Solange wir die Reichsverfassung haben, solange wollen wir sie auch verteidigen gegen den Angriff von innen und außen. Die Pariser Beschlüsse würden in ihren Folgen eine Unversehrtheit der deutschen Reichsverfassung nicht gewähren. Dagegen müßten wir uns wehren. Die Pariser Beschlüsse ließen hinaus auf einen Zusammenbruch alles dessen, was sich das deutsche Volk auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet erobert habe.

Wenn wir die Pariser Beschlüsse nicht annehmen, so treten die Sanktionen in Kraft, die ebenfalls hinausgehen auf eine Trennung des deutschen Reiches. Jede Bestrebung von außen, die dahin geht, das deutsche Stammgebiet auseinanderzureißen, bedeutet ein Attentat gegen die Reichsverfassung. Der Minister betonte, daß er auf seiner Reise durch Süddeutschland das erhebende Gefühl gehabt habe, daß dieses Attentat auf den einmütigen Widerstand des ganzen deutschen Volkes stoßen werde. Er gehe nach London mit dem Gefühl, daß dieser Einheitsgedanke aus dem ganzen deutschen Volke nicht herausgerissen werden könne. Dieses Gefühl werde ihm Kraft geben, den unannehmbaren Forderungen gegenüberzutreten. Er hoffe, das Vertrauen, das ihm entgegengebracht werde, in London wahrzumachen. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

In der nun folgenden Ansprache dankten Vertreter aller Berufe dem Minister für sein Erscheinen und brachten zum Ausdruck, daß sie die Politik des Ministers unterstützen würden. In seinem Schlußwort dankte der Reichsminister Dr. Simons für die Anregungen, die er erhalten habe und schloß mit einem dreimaligen Hoch auf das deutsche Vaterland, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

Kündigung des Ueberschichtenabkommens.

b Essen, 16. Februar.

In einer Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterverbände wurde gestern beschlossen, das Ueberschichtenabkommen für den Ruhrbergbau zu kündigen, so daß vom 18. März an keine Ueberschichten mehr vorbehaltlich weiterer Verhandlungen verfahren werden.

Unter dem Vorsitz des Reichskommissars Mehlisch haben beim Dortmunder Oberbergamt Verhandlungen mit den Bergarbeiterverbänden in der Frage der Neuregelung der Lebensmittelsondenzulagen für die Bergarbeiter stattgefunden. Die Besprechungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Reichskommissar Mehlisch ist im Anschluß daran nach Berlin gereist, um dem Reichskabinett über die Verhandlungen mit den Bergarbeitern zu berichten.

Süddeutsche Wünsche zum preussischen Wahlkampf.

Von

Dr. Otto Pfeffer, Heidelberg.

Die folgenden Zeilen verdanken ihre Niederschrift einer doppelten Beobachtung: auf preussischer Seite trägt der Wahlkampf — ich bin beruflich verpflichtet, ihn ziemlich genau zu verfolgen — in überragender Weise rein preussisches Gepräge, und zwar um so ausgesprochen, desto weiter man nach rechts schaut; auf süddeutscher Seite steht man der Auseinandersetzung stark passiv gegenüber, soweit die breiten Massen in Frage kommen. Dort ist zweifellos das Bewußtsein von der außerordentlichen Wichtigkeit des Wahlergebnisses für die Zukunft Preußens und des Reiches lebendig; hier nimmt man nicht entsprechend großes Interesse an diesem Zentralproblem, selbst die süddeutsche Presse beschäftigt sich mit ihm nur sehr spärlich. Und doch wäre der Schluß falsch, als lebten Süd und Nord aneinander vorbei. Genau das Gegenteil ist wahr: sie haben sich in der höchsten Einheit des Reichsgedankens gefunden, und dieses gemeinsam errungene und gemeinsam gewahrte hohe Gut ist es gerade, das die geschichtlichen Gegensätzlichkeiten fast ganz eingeebnet hat. Wir Süddeutschen empfanden es z. B. peinlich, wenn gewisse Parteien in Preußen ihre Agitation einstellen auf die Klage über den Zusammenbruch des preussischen Machtstaates oder gar über den Verlust preussischer Provinzen durch den Friedensvertrag. So gut wie Friedrich der Große und Bismarck auch hierzulande als deutsche Soldaten verehrt werden, so sicher und treu Brüder des Südens und Nordens zusammen die Schicksale des Weltkrieges geschlagen haben, — ebenso klar und unzweideutig ist der süddeutsche Willen, die bösen Folgen des verlorenen Krieges in selbstverständlicher Gemeinschaft mit dem Preußentum zu tragen: die geraubten und durch Abstimmung verloren gegangenen Gebiete sind uns in allererster Linie deutsche Gebiete, es ist die Verkleinerung des Reiches, die wir betauern, und ganz im Hintergrunde taucht eine andeutungsweise Erinnerung auf daran, daß diese Einbußen auch solche für Preußen sind. Die badischen Freiwilligen, die im Jahre 1919 in Kurland tapfer ihren Mann standen, standen dort, um das Reich vor einer hohlewüstigen Ueberflutung zu bewahren, nicht aber, um Schäden von Preußen abzuwenden. Derartige Beispiele lassen sich unendlich vermehren. Diese Arbeit erspare ich mir. Nicht aber wäre es gerecht, einen Unge danken, der sich vielleicht da und dort melden könnte, von vornherein den Garau zu machen; mit nichten soll behauptet werden, als unterschätze der Süddeutsche die Leistungen Preußens oder als solle bestritten werden, daß die Preußen nicht aus dem gleichen lauterem Reichsgefühl zu all dem sich bekennen, was von den Süddeutschen soeben gesagt worden ist. Das Aber, worauf es ankommt, ist jedoch dies: daß all solches Handeln und Fühlen jetzt im preussischen Wahlkampf vornehmlich ausgewertet wird ad majorem gloria Borussiae. Diese Tatsache erzeugt im süddeutschen Herzen eine gewisse Spannung in dem Sinne, daß wir daraus wieder stärker als wünschenswert und vor allem stärker als notwendig merken: nicht etwa, daß das alte Preußen und das neue Deutschland sich innerlich widerstrebende lebendige Gewalten seien, aber daß sie als solche, noch zu großen Stücken unausgeglichen innerhalb des Reichsgefüges nebeneinander wohnen, daß der preussische Partikularismus gewachsen ist, seitdem durch die Weimarer Verfassung die Vormachtstellung Preußens aus ihrer staatsrechtlichen Verankerung gerissen wurde. Das mag als Eindruck eines Süddeutschen vom preussischen Wahlkampf festgehalten sein.

Und nun erhebt sich die Frage: wie stellt sich Süddeutschland hierzu? Welchen Ausgang des 20. Februar soll es wünschen für das Reich und für sich? Eine Vorfrage ist zunächst noch zu erledigen: gibt es überhaupt so etwas wie „eine süddeutsche Meinung“? Steht der Titel dieses Aufsatzes nicht im Widerspruch mit den tatsächlichen Gegebenheiten? Man kann und muß sogar darauf mit ja und nein antworten: obwohl zurzeit weder staatspolitisch noch sozialpolitisch eine, sagen wir preußengegnerische Einheitsfront besteht, so ist doch ein latentes Gefühl des Abstandes vorhanden. Bayern hat sich fast in diesen Tagen als die pièce de résistance erwiesen, und es ist unzweifelhaft, daß der bayerische Partikularismus, das Erpichtsein auf Reservatrechte und das politische Machtstreben der Regierung Rahr, zu einem erhöhten Einfluß in der inner- und außenpolitischen Leitung des Reiches zu gelangen, sehr erheblich absieht von dem Verhalten Badens und Württembergs. Wenn — dies mag hier eingeschaltet sein — auch in der norddeutschen Presse der Konflikt München-Berlin in parteipolitischer Verzerrtheit und Uebertriebenheit ausgeschlachtet wurde in Formeln, als drohe „Bayerns Abkehr vom Reich“, so zeugt das leider von geringer politischer Einsicht und Vorsicht. Daß Partikularismus bzw. Föderalismus nichts, gar nichts Wesensverwandtes haben mit Separatismus, sollte man endlich lernen, und man sollte wirklich sich mehr als